



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM
89,72 €/MWh

Exep Spot DE-LU Day Base

GAS
43,38 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES
12,2

Minuten hatten Letztverbraucher im Jahr 2022 durchschnittlich keinen Strom. Klaus Müller, der Präsident der Bundesnetzagentur, lobte die sinkende Zahl von Störungsmeldungen in der Nieder- und Mittelspannung gegenüber 2021 (12,7 Minuten).

REGULIERUNG

Habeck beginnt Bürokratieabbau bei Berichtspflichten

STROMNETZ

Experten begrüßen geplante Entlastung bei Netzentgelten

WÄRME

Eon will Einstieg in die Wärmewende erleichtern

Inhalt

TOP-THEMA

→ **GAS:** Der womöglich letzte Winter in der Gas-Alarmstufe

POLITIK & RECHT

- **ERDGAS:** Nur extreme Kälte würde Probleme machen
- **WASSERSTOFF:** Thyssengas plant H₂-Leitung in der Region Niederrhein
- **ÖSTERREICH:** PV-Verband will höhere Ausbauziele und Förderungen
- **BADEN-WÜRTTEMBERG:** Südwesten braucht deutlich mehr Wasserstoff als gedacht
- **STATISTIK DES TAGES:** Länge der Leitungsnetze kommunaler Unternehmen

HANDEL & MARKT

- **REGULIERUNG:** Habeck beginnt Bürokratieabbau bei Berichtspflichten
- **REGULIERUNG:** Energiewende soll schneller gehen
- **REGULIERUNG:** EU-Pläne vergrößern Preisbremsenchaos
- **VERBÄNDE:** VKU nimmt drei neue Mitglieder auf

TECHNIK

- **STROMNETZ:** Experten begrüßen geplante Entlastung bei Netzentgelten
- **STROM:** Deutsche Stromversorgung 2022 sehr zuverlässig
- **WASSERSTOFF:** EWE-Marktabfrage zeigt hohen Speicherbedarf
- **STROMNETZ:** Schweden und Deutschland kommen sich näher

UNTERNEHMEN

- **WÄRME:** Eon will Einstieg in die Wärmewende erleichtern
 - **WASSERSTOFF:** Innio liefert Wasserstoffmotor für BHKW in Österreich
 - **MOBILITÄT:** Neu-Ulm bekommt einen neuen E-Carsharing-Standort
 - **VERTRIEB:** Nürnberg stellt sinkende Gaspreise unter Vorbehalt
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Strom am Dienstag überwiegend leichter
-

SERVICE

- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**
- **PROGNOSEN ZU WIND, PHOTOVOLTAIK UND WETTER**
- **WEITERE ENERGIEDATEN**

★ TOP-THEMA

Der womöglich letzte Winter in der Gas-Alarmstufe



Quelle: Shutterstock / Mike Mareen

GAS. Im Anschluss an die beginnende Heizperiode könnte die Alarmstufe im Notfallplan Gas wieder Geschichte sein. Die Diskussion darüber erwartet die Bundesnetzagentur für das Frühjahr.

Das Wort „Glaskugel“ fiel häufig auf der hochkarätig besetzten Fachkonferenz „Wintervorsorge 2023/2024“ des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) am 7. November. Es galt das Risiko abzuschätzen, ob Deutschland noch eine Gasmangellage droht. Die allgemein optimistische Grundhaltung schürt die Erwartung, dass die Alarmstufe im Notfallplan Gas im kommenden Frühjahr endet.

Aus Sicht der Bundesnetzagentur äußerte Chris Mögelin die Vermutung, dass das von Robert Habeck (Grüne) geführte Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) die Diskussion über die Aufhebung der Alarmstufe nach diesem Winter aufnehmen werde. Der Leiter des Krisenstabs Gas nannte als Voraussetzung dafür allerdings, dass Europa in den kommenden Monaten von den Versorgungskrisen des vergangenen Jahres verschont bleibe. Die Alarmstufe, die zweite von drei Schritten im Notfallplan, hatte das Ministerium am 23. Juni 2022 ausgerufen und bisher nicht wieder aufgehoben.

Für das BMWK gab Alexander Lücke in Sachen Alarmstufe zu bedenken, dass ein „zu frühes Rausgehen gut zu überlegen“ sei. Der Unterabteilungsleiter Energiesicherheit im Range eines Ministerialdirigenten ergänzte, das Notfallmanagement erübrige sich „in dem Moment, wenn eine Mangellage relativ sicher ausgeschlossen werden kann“. Dies sei spätestens, wenn die Gasversorgung stabil sei und alle festen LNG-Terminals arbeiteten. Unwägbarkeiten wie Kälteperioden, unsichere Importmengen oder Sabotage an Infrastruktur seien indes nicht auszuschließen. Daher „werden die Vorgaben für die Füllstände der Gasspeicher auch noch länger gelten“, so Lücke.

Krisenübung belegt Tauglichkeit der Sicherheitsplattform Gas

Die randvollen Speicher sorgten für die Schlagzeilen der jüngsten Tage. Die 47 Untertagekavernen in Deutschland fassen insgesamt mehr als 23 Milliarden Kubikmeter Erdgas, was etwa 250 Milliarden kWh entspricht. Diese Menge reicht nach Schätzungen der Bundesregierung für bis zu drei nicht zu kalte Monate.

Dass Deutschland selbst mit einer Mangellage umzugehen versteht, darauf verwiesen alle fünf Referenten der Konferenz. Ein „Restrisiko Null“ aber könne es nicht geben, sagte Frank Dietzsch, Leiter Ordnungsrahmen Gastechnologien und Energiesysteme beim DVGW und Gastgeber. Was im Falle einer Mangellage greift, hatte die Bundesnetzagentur am 21. September in einer Krisenübung mit etlichen Beteiligten durchgespielt.

Ein großes Lob erhielt in diesem Zusammenhang die Ende September 2022 gestartete „Sicherheitsplattform Gas“. Auf dieser digitalen Informationsplattform pflegen relevante Akteure des Gasmarkts aktuelle Daten ein und erlauben damit eine Analyse und Prognose zu den Verbräuchen. Die Krisenübung hätte gut funktioniert und in der simulierten Mangellage schnell Ergebnisse über die Gaszuteilung erbracht, sagte Chris Mögelin für die Bundesnetzagentur.

Die Behörde hat das Recht, Gasmengen allgemein zu beschränken und individuell zuzuweisen. Gerade die Frage, welche Unternehmen in den wichtigsten Produktionsbereichen während einer Mangellage noch prioritär beliefert werden, ist heikel. Die Verfügungen der Bundesnetzagentur ließen sich gut durchsetzen, bei der Übung seien große Verbraucher über die Sicherheitsplattform „sehr effizient ansprechbar“ gewesen, so Chris Mögelin.

Diese Plattform führt aktuell vor allem Großverbraucher, Versorger, Händler, Bilanzkreisverantwortliche und Fernleitungsnetzbetreiber zusammen. Für den Marktgebietsverantwortlichen in Deutschland, Trading Hub Europe (THE), sagte Geschäftsführer Sebastian Kemper, auch die lokalen Verteilnetzbetreiber (VNB) erhielten in Kürze Zugang zur Sicherheitsplattform. Dies sei für das erste Quartal 2024 geplant, eventuell schon im Februar.

Für den DVGW stellte Vorstandsvorsitzender Gerald Linke ein neues Instrument zur Speicherreichweite vor. Das auf der Verbandswebsite zu findende Tool aktualisiere täglich seine Zahlen und berechne mit den Daten von Bundesnetzagentur und Gas Infrastructure Europe (GIE) unter Rückgriff auf das zurückliegende halbe Jahr die Voraussagen über die Speicherfüllstände für die kommenden sechs Monate. Das Tool erlaube somit Aussagen über die Sicherheit der Erdgasversorgung in Deutschland, so Linke. Die Prognosen lassen sich über Schieberegler, die Veränderungen bei Temperaturszenarien und Gas-Importmengen ermöglichen, jeweils den aktuellen Bedingungen anpassen. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN



POLITIK & RECHT



LNG-Tanker Ish erreicht die Regasifizierungseinheit Höegh Gannet in Brunsbüttel. Quelle: RWE

Nur extreme Kälte würde Probleme machen

ERDGAS. Die Ausgangslage könnte nicht besser sein: Die Gasspeicher sind zu 100 Prozent gefüllt, die Verbräuche bisher niedrig. Nur ein sehr kalter Winter könnte zu Versorgungsengpässen führen.

Die „Initiative Energien Speichern e.V.“ (INES) hat in einem November-Update wieder Szenarien zur Gasversorgung im Winter vorgestellt. Fazit: Bei warmer Witterung oder normalen Temperaturen, ist alles kein Problem, wird es allerdings extrem kalt, könnte von Januar bis März eine Gasmangellage auftreten.

Die Gasspeicher in Deutschland sind mittlerweile vollständig befüllt, der zum 1. November vorgeschriebene Stand von 95 Prozent ist damit überschritten worden, so wie auch die 85 Prozent zum 1. Oktober mit 96 Prozent getoppt werden konnten. Bei niedrigen Temperaturen in diesem Winter könnte allerdings der für 1. Februar geltende Wert von 40 Prozent, so die Berechnungen von Ines, herausfordernd werden, wenn es sehr kalt wird, könnte er nicht gehalten werden.

Ines-Geschäftsführer Sebastian Heinermann erklärte dazu: „Trotz aller Herausforderungen haben die Betreiber und Nutzer der Gasspeicher ein zweites Jahr in Folge eine vollständige Befüllung der Gasspeicher erreicht. Für den anstehenden Winter bedeutet die vollständige Befüllung, dass nur noch extrem niedrige Temperaturen unter aktuellen Bedingungen zu einer Gasmangellage führen könnten.“

Darüber hinaus gab der Speicherverband bei seiner Pressekonferenz am 7. November auch einen Überblick über die allgemeine Lage der Gasversorgung in Deutschland.

Nach dem Wegfall der Lieferungen aus Russland Ende August 2022 sind die Importe nach Deutschland zurückgegangen, aktuell sorgen vor allem Norwegen, Belgien und die Niederlande für Ausgleich. Neu hinzugekommen sind die Kapazitäten der neuen LNG-Terminals, die Wilhelmshaven, Lubmin und Brunsbüttel in Betrieb gegangen sind. Ihr Beitrag von 0,2 Milliarden kWh am Tag fiel bei einer Gesamtimportmenge von 2,4 Milliarden kWh bisher aber noch gering aus.

Bis 2026/27 weitere schwimmende LNG-Terminal sinnvoll

Die Verbräuche sind im Oktober mit 1,9 Milliarden kWh am Tag gestiegen, die Erhöhung fiel jedoch wegen der noch recht hohen Temperaturen moderat aus, sodass noch Gas für die 100-prozentige Speicherfüllung verwendet werden konnte, die am Morgen des 5. November erreicht wurde. Die europäischen LNG-Importe sind im Oktober auf 3,5 Milliarden kWh/Tag angestiegen. Die gesamten Importkapazitäten von 8,2 Milliarden kWh waren damit zu 43 Prozent ausgelastet. Importschwerpunkte beim Flüssigerdgas sind Frankreich, das Vereinigte Königreich, Spanien und die Niederlande.

Das Thema LNG spielt auch in den Handlungsempfehlungen des Speicherverbandes zur Wiederherstellung der Gasversorgungssicherheit eine Rolle. Bis zum Winter 2026/27, so heißt es, sei der derzeitige Fokus auf zusätzliche schwimmende LNG-Terminals zielführend, weil die FSRU-Einheiten (Floating Storage and Regasification Unit) im Vergleich zu anderen Infrastrukturoptionen schneller zur Verfügung gestellt werden können.

Hohe Kosten durch direkten Einkauf

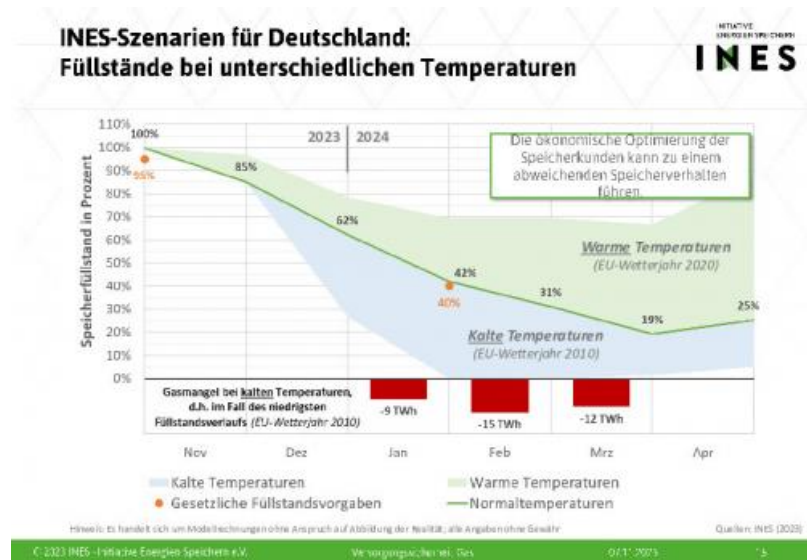
Am 13. Oktober 2023 hat die Bundesregierung dem Bundesrat einen Vorschlag zur Änderung des Gasspeichergesetzes vorgelegt. Nach Einschätzung von Ines haben die Vorschläge der Bundesregierung zur Änderung des Gasspeichergesetzes nicht das Potenzial, um die Versorgungssicherheit weiter zu verbessern. Auf Kritik stieß unter anderem die geplante Verlängerung des Gasspeichergesetzes bis 2027. Ein vorgeschlagenes Ausspeicherverbot bei Unterschreiten von Füllstandsvorgaben könnte sich sogar negativ auf die marktwirtschaftliche Speichernutzung und damit auf die Versorgungssicherheit auswirken.

Stattdessen schlägt Ines vor, Gas-Optionen und Befüllungsinstrumente weiterzuentwickeln. Zu bevorzugen sei die Ausschreibung von Gasmengen, die zum Erreichen der Füllstandsvorschriften nötig sind, sodass diese von Marktteilnehmern beschafft werden können. Sie hätten die größere Erfahrung und könnten effizienter arbeiten. Wie sich vergangenes Jahr gezeigt habe, ging der direkte Einkauf durch den Marktgebietsverantwortlichen THE mit wesentlich höheren Kosten einher.



Die gesetzlichen Füllstandsvorgaben wurden mehr als erfüllt
(zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: GIE, Ines



Nur extrem niedrige Temperaturen würden zu Problemen führen

(zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: Ines

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

E&M EXPERTEN-TALK

DIE TRANSFORMATION DER STADTWERKE GARBSEN DURCH CLOUD-TECHNOLOGIE

STADTWERKE GARBSEN: EINSATZ EINER CLOUD-PLATTFORM ZUR BEWÄLTIGUNG IHRER HERAUSFORDERUNGEN"

mit Mandy Schwerendt (CEO LYNQTECH) und Daniel Wolter (GF Stadtwerke Garbsen)

28. NOVEMBER 2023

Energie & Management

LYNQTECH

STADTWERKE GARBSEN

Thyssengas plant H2-Leitung in der Region Niederrhein



Quelle: Pixabay / akitada31

WASSERSTOFF. Der Dortmunder Fernleitungsnetzbetreiber Thyssengas hat am Niederrhein seine Vorplanungen für eine Wasserstoffleitung zwischen Voerde und Duisburg-Walsum gestartet.

Die Thyssengas GmbH treibt die Wasserstoffnetzplanung für die Region Niederrhein weiter voran. Die Wasserstoffleitung zwischen Voerde und Walsum soll ab 2027 Teil einer künftigen Haupttransportroute für den Import von Wasserstoff aus den Niederlanden werden.

Thyssengas will dabei die Kapazität der Transportroute so auslegen, dass auch nachgelagerte Verteilnetze sowie mittelständische Unternehmen daran angebunden werden können. In der aktuellen Vorplanungsphase prüft das Unternehmen zusammen mit den Planungsbehörden und den potenziell betroffenen Kommunen den Verlauf möglicher Leitungstrassen. Auf dieser Basis soll dann im kommenden Jahr das offizielle Planungs- und Genehmigungsverfahren starten. Das Verfahren steht jedoch unter dem Vorbehalt des Abschlusses des parlamentarischen Verfahrens der EnWG-Novelle. Zudem steht noch die Bestätigung des Wasserstoffkernnetzes durch die Bundesnetzagentur aus.

„Der Wasserstoff-Hochlauf in Deutschland braucht ein starkes Leitungsnetz. Gerade für die grüne Transformation des Industriestandorts NRW ist eine schnelle und sichere Wasserstoff-Versorgung zukunftsentscheidend. Deshalb treiben wir die Planungen der notwendigen Transportinfrastruktur voran, auch wenn die finale Bestätigung des H2-Kernnetzes durch die Bundesnetzagentur noch aussteht“, erklärte Thomas Gößmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssengas-Geschäftsführung, zu dem Start der Vorplanungen.

Thyssengas betreibt ein rund 4.400 Kilometer langes Gasnetz – zum Großteil in Nordrhein-Westfalen, einzelne Leitungen aber auch in Niedersachsen. Im Austausch mit den ansässigen Unternehmen in seinem Netzgebiet hat Thyssengas sechs Potenzialregionen – sogenannte H2-Cluster – definiert. Diese verteilen sich auf die Regionen Emsland, Münsterland, Ruhrgebiet und Rheinland. In den Clustern sind zahlreiche energie- und emissionsintensive Unternehmen angesiedelt, die ihre Energieversorgung künftig mithilfe von Wasserstoff dekarbonisieren möchten, wie Thyssengas mitteilt. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

PV-Verband will höhere Ausbauziele und Förderungen



Quelle: Fotolia / Yul

ÖSTERREICH. Bis 2040 sollte die Stromproduktion mit Solaranlagen in etwa verzehnfacht werden. Für Forschung wünscht sich der Verband 30 Millionen Euro, für den Netzausbau 500 Millionen Euro.

Drei Forderungen an die Politik erhebt der Bundesverband Photovoltaic Austria anlässlich der Fachtagung für Photovoltaik und Stromspeicherung, die am 7. und 8. November in Graz stattfindet.

Erstens sollte im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) das Ziel verankert werden, die jährliche Stromproduktion mit Photovoltaikanlagen bis 2030 auf 21 Milliarden kWh zu erhöhen, bis 2040 sogar auf 41 Milliarden kWh. Zurzeit liegt das gesetzlich vorgegebene Ausbauziel bei 11 Milliarden kWh. Das ist etwa das Dreifache der aktuellen PV-Strom-Erzeugung, die sich laut Verbandspräsident Herbert Paieryl auf rund 4 Milliarden kWh beläuft. Die 41 Milliarden kWh würden somit in etwa eine Verzehnfachung der derzeitigen Produktion bedeuten. Nur mit der geforderten Steigerung könne die seitens der Politik mehrfach ausgerufene „PV-Offensive“ gelingen und die für 2040 angestrebte „Klimaneutralität“ erreicht werden, betonte Paieryl bei der Pressekonferenz in Graz.

Finanzierung "nach deutschem Vorbild"

Zweitens verlangt PV Austria „mehr Investitionen in heimische PV-Forschung und Innovation.“ Dies umfasst die Dotierung der einschlägigen österreichischen Forschungsaktivitäten mit mindestens 30 Millionen Euro

pro Jahr, die Bevorzugung europäischer Erzeugnisse bei Ausschreibungen sowie zusätzliche internationale Forschungsk Kooperationen.

Drittens schließlich fordert der Verband den zügigen Beschluss des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (EIWG), das das in seinen Grundzügen seit rund 20 Jahren geltende Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) ablösen soll. Mit dem EIWG erhofft sich PV Austria einen beschleunigten Ausbau insbesondere der Verteilnetze, an denen PV-Anlagen üblicherweise angeschlossen werden. Finanzieren möchte der Verband die Ertüchtigung und Erweiterung der Netze über die Netzgebühren hinaus mit einem Infrastrukturfonds nach deutschem Vorbild. Dieser Fonds sollte mit rund 500 Millionen Euro aus Österreich zugewiesenen Strukturförderungsmitteln der EU dotiert werden, erläuterte Paierl auf Anfrage der Redaktion. Ihm zufolge bauen die Netzbetreiber ihre Infrastrukturen bis dato „ausschließlich bedarfsorientiert“ aus. Ein „strategisch geplanter, vorsorglicher Netzausbau, wie wir ihn jetzt bräuchten“, erfolge dem gegenüber nicht.

Bund, Länder und Gemeinden gefordert

Einmal mehr betonte Paierl, für eine erfolgreiche PV-Offensive bedürfe es einer Partnerschaft seiner Branche mit der Politik auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Doch die neun Bundesländer gingen in unterschiedlich ambitionierter Weise vor: „Im Westen ruht man sich eigentlich auf der Wasserkraft aus.“ Sein Heimatbundesland, die Steiermark, sei wegen komplexerer Vorgaben für die Realisierung von Aufdachanlagen gegenüber Niederösterreich und Oberösterreich zurückgefallen.

In der Sache gebe es kein Problem, die von PV Austria gewünschten ambitionierteren Ausbauziele zu erreichen, versicherte Paierl: An Freiflächen mangle es ebenso wenig wie an der Akzeptanz der Bevölkerung. Bei einschlägigen Umfragen bekundeten stets etwa 80 Prozent der Bevölkerung ihre grundsätzliche Unterstützung der Photovoltaik.

Chancen nutzen

Laut dem Obmann der Technologieplattform Photovoltaik, Hubert Fechner, wäre Österreich gut beraten, seine wirtschaftlichen Chancen im Solarstrombereich zu nutzen. Etliche österreichische Unternehmen gehörten zu den weltweit führenden Anbietern von Komponenten für PV-Anlagen. „Außerdem haben wir vier Modulproduzenten, pro Kopf gesehen, mehr als jedes andere Land in Europa.“ Aufgrund EU-rechtlicher Bestimmungen bestehe auch die Möglichkeit, die Ansiedlung und Erweiterung einschlägiger Unternehmen zu fördern.

Wichtig wäre laut Fechner, den Kunden den Mehrwert europäischer Produkte zu vermitteln: „Zurzeit fragen etwa 90 Prozent der Kunden gar nicht, wo PV-Module herkommen. Es ist einfach klar, dass diese in China erzeugt werden.“ Und in der Tat habe China eine wesentliche Rolle dabei gespielt, die Module billiger zu machen: „Aber es sollte nicht zu einer derartigen Fokussierung auf ein einziges Land kommen wie derzeit, wo rund 97 Prozent der PV-Wafer aus China stammen.“ // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Südwesten braucht deutlich mehr Wasserstoff als gedacht



Quelle: Fotolia / aldrado

BADEN-WÜRTTEMBERG. Bis 2040 will Baden-Württemberg klimaneutral sein. Die Wirtschaft braucht dafür grünen Wasserstoff. Dieser wird früher und in viel größerer Menge gebraucht, wie eine Erhebung zeigt.

Damit das Land bis 2040 klimaneutral werden kann, braucht es in Baden-Württemberg deutlich mehr Wasserstoff als bislang angenommen. Das geht aus den Ergebnissen einer Bedarfserhebung des Landesumweltministeriums hervor, die der *Deutschen Presse-Agentur* vorliegen. Demnach werden im Jahr 2035 73,5 Milliarden kWh Wasserstoff benötigt, bis ins Jahr 2040 steigt der Bedarf sogar auf 90,7 Milliarden kWh.

Die Bedarfe fallen damit deutlich höher aus als in den bisherigen Studien und Abfragen. Eine von der Plattform „H2BW“ in Auftrag gegebene Studie kam im Januar 2022 etwa zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2035 16,6 Milliarden kWh Wasserstoff in Baden-Württemberg benötigt wird. Die neue Erhebung prognostiziert im Vergleich dazu einen mehr als viermal so hohen Bedarf.

Außerdem wird der Wasserstoff nach Angaben des Ministeriums sehr viel früher benötigt, als bislang gedacht. So gebe es bereits in den kommenden Jahren einen moderaten, aber konkreten Bedarf – etwa 4,1 Milliarden kWh im Jahr 2025. Bislang hätten Studien und Abfragen bis 2030 so gut wie gar keinen Bedarf prognostiziert. Als Grund für den erhöhten Bedarf in den kommenden Jahren führt das Umweltministerium vor allem den Angriffskrieg gegen die Ukraine an. Dieser und die Energiekrise hätten die Entwicklung um fünf bis zehn Jahre beschleunigt, hieß es.

Für die Bedarfserhebung hatte das Umweltministerium gemeinsam mit verschiedenen Verbänden die Unternehmen im Land dazu aufgerufen, ihre erwarteten Wasserstoffbedarfe zu melden. Von April bis Ende Oktober gingen laut Umweltministerium 474 Meldungen ein, auf deren Basis das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) den Gesamtbedarf errechnete.

Ausbau der Fernleitungsnetze und der Elektrolyse-Kapazitäten nötig

Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) sieht sich durch die neue Erhebung in ihrem Kurs bestätigt. „Der Schwerpunkt der letzten Monate auf den Ausbau der Infrastruktur mit Fachdialogen, Spitzengesprächen und einer gemeinsamen Erklärung hat sich als richtig erwiesen“, sagte Walker. Entscheidend sei der Ausbau der Fernleitungsnetze. „Wir haben jetzt eine gute Grundlage für die weitere Planung einer leistungsfähigen Wasserstoff-Infrastruktur“, so Walker. Sie werde die Ergebnisse der Erhebung auf der Bundesebene einbringen. „Um darauf hinzuwirken, dass der Industrie- und Technologiestandort Baden-Württemberg frühzeitig an ein deutsches und europäisches Wasserstoffnetz angebunden wird.“

Aus Sicht der CDU braucht es neben dem Ausbau des Wasserstoffnetzes auch den Aufbau eigener Elektrolyse-Kapazitäten in Baden-Württemberg. «Das hat den doppelten Vorteil, dass der dringend von unseren Unternehmen benötigte Wasserstoff bereits 2025 im Land verfügbar sein wird und unsere Unternehmen früh das Know-how zum Bau von Wasserstoff-Elektrolyseuren entwickeln», sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Raimund Haser. Dafür brauche es «massive Erleichterungen» beim Bau und Betrieb solcher Anlagen. Genehmigungsverfahren müssten vereinfacht werden und strenge europäische Regeln für einen Übergangszeitraum gelockert werden, so Haser. // VON DPA

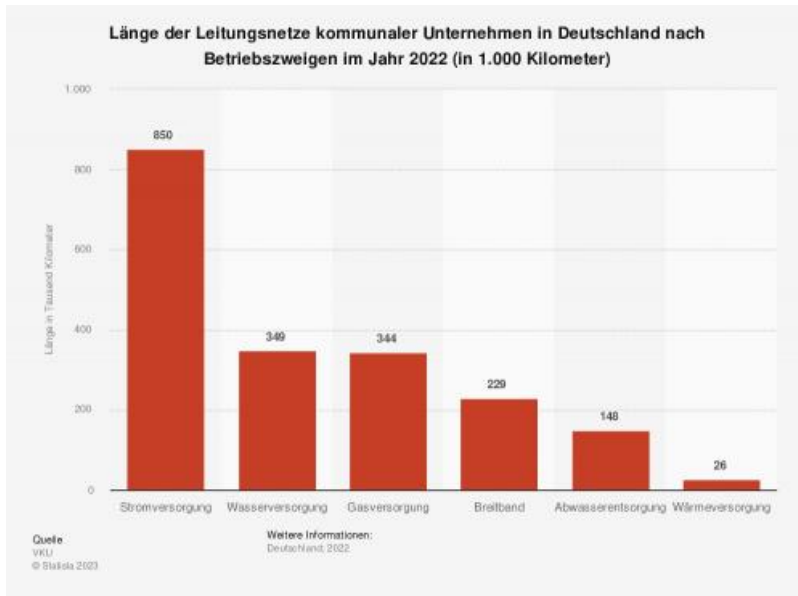
[^ Zum Inhalt](#)

Länge der Leitungsnetze kommunaler Unternehmen



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Die Statistik veranschaulicht die Länge der Leitungsnetze kommunaler Unternehmen in Deutschland nach Betriebszweigen im Jahr 2022. Demnach betrug im vergangenen Jahr die Länge der Stromnetze kommunaler Mitgliedsunternehmen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) rund 850.000 Kilometer. Die Länge der Gasleitungen lag bei 344.000 Kilometern. Das Der VKU vertritt rund 1.500 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

Habeck beginnt Bürokratieabbau bei Berichtspflichten

REGULIERUNG. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat mit Wirtschaftsvertretern sowie den Leitungen von Bundesbehörden über konkrete Maßnahmen zum spürbaren Bürokratieabbau beraten.

Bereits seit einigen Monaten prüften alle Abteilungen des Bundeswirtschaftsministerium (BMWK), welche Informations- und Berichtspflichten für Unternehmen bestehen und ob sie wirklich unabdingbar sind. Minister Robert Habeck (Grüne) setzte damit einen der Beschlüsse der Koalitionsklausur in Meseberg um. Am 7. November traf er sich mit Wirtschaftsvertretern zum Spitzengespräch über Ergebnisse der Prüfungen seines Hauses und der Konsultationen mit der Wirtschaft in Form von „Praxischecks“. Daran waren auch Vertreter des Statistischen Bundesamtes, der Bundesnetzagentur und des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beteiligt.

Etwa 1.200 Informations- und Berichtspflichten für Unternehmen gebe es über alle Ministerien, so ein Ergebnis der Recherchen. Das BMWK habe in 151 Gesetzen und Verordnungen, Informations- und Berichtspflichten identifiziert. „Davon wollen wir 140 Pflichten abbauen, darunter rund 80 konkrete Maßnahmen, 60 weitere werden aktuell noch geprüft“, stellte der Minister in Aussicht. Zudem gebe es weitere 20 Maßnahmen, die auf anderer Ebene, beispielsweise bei der EU-Kommission adressiert würden, versprach er. Zugleich hoffte er, dass die anderen Ministerien ebenso große Fortschritte machten.

Habeck erläuterte: „Die Forderung nach spürbarem Bürokratieabbau ist in aller Munde. Entscheidend ist aber, dass wir dieses wichtige Ziel auch in die Tat umsetzen.“ Sein Haus habe die Berichtspflichten systematisch angeschaut und kritisch hinterfragt. Kriterien seien: Sind sie noch aktuell oder historisch überholt, sind sie auch dringend notwendig, können Bagatellgrenzen eingeführt oder erhöht werden? Können Doppelungen vermieden, Pflichten gebündelt werden? Wie können wir erforderliche Berichtspflichten so einfach wie möglich ausgestalten?

Weniger Bürokratie, mehr Ergebnisse

Der enorme Mehraufwand für seine Mitarbeiter lohne sich, unterstrich der Minister: „Jede gestrichene, jede vereinfachte Berichtspflicht hilft den Unternehmen konkret.“ So solle die Anzeigepflicht für neue Geräte im Mess- und Eichgesetz abgeschafft werden und vielfach neue Schriftherfordernisse zugunsten digitaler

Meldungen gestrichen werden. Er dankte auch den Vertreterinnen und Vertretern aus der unternehmerischen Praxis für die Unterstützung bei diesem Prozess. Die Beteiligung der Praktiker lobte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae ausdrücklich.

In einer Reihe von Workshops mit Unternehmensvertreterinnen und -vertretern wurden die im Projekt identifizierten Maßnahmen überprüft. Sie sollen nun im geplanten Bürokratieabbaugesetz oder anderen Gesetzgebungspaketen adressiert werden. Im Spitzengespräch habe die Wirtschaft weiteren wichtigen Input für das Projekt gegeben, unterstrich Habeck. Für den Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) mahnte dessen Präsident Jörg Dittrich eine schnelle Umsetzung der festgestellten Entlastungsmöglichkeiten an.



Von links: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), Kerstin Andreae (BDEW) und Jörg Dittrich (ZDH) bei der Vorstellung der reduzierten Berichtspflichten

Quelle: E&M / Susanne Harmsen

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

An advertisement for Verbund featuring a large industrial power plant with tall smokestacks against a bright, hazy sky. The text is overlaid on the left side of the image.

**Wasser, Wind, Sonne:
drei Ihrer wertvollsten
Mitarbeiter:innen.**

Gemeinsam in eine grüne
Zukunft: mit VERBUND als
einem der umweltfreundlichsten
Stromerzeuger Europas.

Verbund

Mehr erfahren

Energiewende soll schneller gehen



Quelle: Fotolia / Bertold Werkmann

REGULIERUNG. Bund und Länder haben sich auf einen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ verständigt.

Ziel des Paktes ist es, den Ausbau der Infrastruktur schneller voranzubringen. Dafür sollen die bürokratischen und juristischen Verfahren vereinfacht und vereinheitlicht werden. Die Ministerpräsidenten der Länder verständigten sich am 6. November in Berlin mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf das Maßnahmenpaket. Es ist Teil des sogenannten Deutschlandpaktes, mit dem die Koalition die Modernisierung der Wirtschaft voranbringen will. Der Kanzler will dabei auch mit der Opposition zusammenarbeiten.

Scholz sprach am Rande einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder von etwa einhundert Regelungen, die vereinfacht, ausgesetzt oder abgeschafft werden. In den letzten Jahrzehnten hätten Bund und Länder „mit großer Liebe und Zuneigung“ immer mehr Vorschriften ersonnen, die die Realisierung einzelner Projekte behinderten. Jetzt gehe es darum, dass die Umsetzung tatsächlich schneller werde, sagte Scholz.

Bauministerin Klara Geywitz (SPD) kündigte eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Bauordnung an: „Künftig kann durch einheitliche Vorgaben deutschlandweit schneller geplant und gebaut werden.“ Wenn ein Haus in einem Land genehmigt wurde, sollen für baugleiche Gebäude an anderen Standorten vereinfachte Genehmigungsverfahren gelten. Auch das Repowering von Windrädern soll vereinfacht werden.

Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil (SPD) unterstrich, dass damit viele Projekte billiger würden: „Wir sind in Deutschland zu kompliziert, deshalb dauert alles zu lange, und das macht es am Ende noch zusätzlich teuer.“ Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) mahnte eine schnelle, legislative Umsetzung des Paktes an.

Betroffen vom Beschleunigungspakt sind neben dem Wohnungsbau (Ausbau von Dachgeschossen) fast alle großen Projekte der Infrastruktur wie Bahnstrecken, Autobahnen, Strom- und Gasleitungen, Wind- und Solaranlagen, Mobilfunknetze oder die Genehmigung von Schwerlasttransporten. Scholz stellte außerdem Vereinfachungen auch in anderen Bereichen wie der Wasserstoffindustrie in Aussicht.

Frühere Einbindung von Bürgern und Verbänden

Bund und Länder wollen in den genannten Bereichen die Bürger und Verbände früher und digitaler einbinden und einzelne Verfahrensschritte bei manchen Projekten ganz weglassen. Zudem sollen bestimmte Prozeduren parallel durchgeführt und Fristen verkürzt werden. In einzelnen Fällen soll die Genehmigung auch ohne den Bescheid der zuständigen Behörde als erteilt gelten, wenn eine bestimmte Frist abgelaufen ist.

Gutachten und Daten für die umweltrechtlichen Genehmigungen sollen künftig in Datenbanken erfasst und in vergleichbaren Fällen genutzt werden. Dabei sollen beim Artenschutz einheitliche Standards für Energie-, Verkehrs- oder Industrieprojekte gelten.

Beim Ausbau der Energieinfrastruktur sollen die Rechte von Grundstückseigentümern eingeschränkt werden, wenn ihr Land für den Anschluss von Wind- oder Solaranlagen an das Stromnetz benötigt wird. Ebenso wie bei der Genehmigung von Bahntrassen dürfen die Behörden in Zukunft davon ausgehen, dass an solchen Projekten ein „überragendes öffentliches Interesse“ besteht.

Reaktionen aus der Energiewirtschaft

Die Energiewirtschaft begrüßte die Beschlüsse der Regierungschefs. Der Deutschlandpakt komme zur richtigen Zeit und sei ein klares Bekenntnis zur Energiewende, sagte BDEW-Chefin Kerstin Andreae. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten effizienter gestaltet und in den Amtsstuben aktiv unterstützt werden. Es werde mehr Mut zu echter Vereinfachung und einer konsequenten Digitalisierung gebraucht.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) wies darauf hin, dass die Dauer der Genehmigungsverfahren kontinuierlich zugenommen habe. Auf die Genehmigung eines Windrades warte man inzwischen im Durchschnitt länger als zwei Jahre, sagte BEE-Präsidentin Simone Peters: „Der Beschleunigungspakt hat das Potenzial, hier Besserung zu bringen.“ Gleichzeitig mahnte sie die Einbeziehung von Batteriespeichern und Elektrolyseuren in den Pakt an: „Alles andere wäre Stückwerk.“

Der Bundesverband Windenergie (BWE) begrüßte vor allem die geplante Erleichterung von Schwertransporten (GST). „Wir haben immer wieder erlebt, dass Projekte sich aufgrund ausbleibender Transportgenehmigung um teils unkalkulierbare Zeit verzögern“, sagte BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek. Es komme jetzt darauf an, die Beschlüsse zügig umzusetzen.

Die Umweltverbände fürchten dagegen, dass schnellere Genehmigungsverfahren zulasten des Naturschutzes gehen. „Damit werden viele Errungenschaften des Umweltschutzes der letzten Jahrzehnte aufs Spiel gesetzt“, heißt es in einer Stellungnahme des Naturschutzbundes Deutschland. Und der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Sascha Müller-Kraenner, erkennt in dem Maßnahmenpaket von Bund und Ländern „eine Wunschliste der Industrie“, um klimaschädliche Vorhaben zu rechtfertigen: „Die Einschränkung öffentlicher Erörterungstermine, die Reduzierung des inhaltlichen Prüfprogramms und die Beschränkung des Rechtsweges sorgen für weniger Bürgerbeteiligung, Umweltschutz und Rechtsstaatlichkeit“, sagte Müller-Kraenner. Statt die bereits beschlossenen Beschleunigungsmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, würden etablierte Standards abgebaut.

Grüne: „Die Langsamkeit ist ein Investitionshemmnis“

Wirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) versicherten in einer gemeinsamen Erklärung: „Wir werden in der nun anstehenden Umsetzung dieser Verabredungen weiterhin darauf achten, dass Transparenz und Rechtsschutz gewahrt sowie Umwelt- und Naturschutzstandards nicht gesenkt werden.“ Rechtliche Grenzen und demokratische Beteiligungsrechte würden weiter respektiert.

Um das Land zu modernisieren und die Transformation zur Klimaneutralität erfolgreich zu gestalten, müsse die Planung, Genehmigung und Umsetzung wichtiger Vorhaben jedoch beschleunigt werden: „Die Langsamkeit ist ein Investitionshemmnis. Nur, wenn Deutschland schneller wird, bleiben wir wettbewerbsfähig.“ Die Beschleunigung werde aber nur mit einer gut funktionierenden Verwaltung gelingen, die technisch und personell angemessen ausgestattet sei. // VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)

EU-Pläne vergrößern Preisbremsenchaos



Quelle: Fotolia / Ralf Kalytta

REGULIERUNG. Die EU will die Genehmigung für Energiepreisbremsen bis 31. März 2024 verlängern. Sie konsultiert ab sofort die Mitgliedstaaten. Deutschland plant dagegen, bis 30. April zu verlängern.

Laut einer Mitteilung vom 6. November schlägt die EU-Kommission eine begrenzte Verlängerung der Beihilfen zum Ausgleich hoher Energiepreise bis zum 31. März 2024 vor. Sie konsultiere dafür derzeit die Mitgliedsstaaten, hieß es. Deutschland will dagegen laut einem Kabinettsbeschluss vom 1. November seine Energiepreisbremsen bis zum 30. April 2024 verlängern. Dafür braucht es allerdings die beihilferechtliche Zustimmung der EU.

Damit entstehe noch mehr Unsicherheit für die betroffenen Unternehmen der Energiewirtschaft, kritisierte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) am 7. November. So sei eine fristgerechte bundesweite Umsetzung nicht machbar, sagte Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Das Problem bleibt der Zeitplan, bis wir einen rechtssicheren Zustand erreichen.“ Der Zeitraum, der den Energieversorgern für die Umsetzung der Preisbremsen dann noch bliebe, sei viel zu kurz.

Entscheidung im Dezember lässt keine Zeit zur Umsetzung

Die Anpassung der Abrechnungsprozesse würden flächendeckend und fristgerecht nicht machbar sein, zumal weder das „Wann“ noch das „Wie“ geklärt seien, so der Verband. Denn erschwerend komme hinzu, dass der Vorschlag der EU-Kommission viele Fragen offen lässt. So ließe sich der Presseinformation der EU-Kommission nicht entnehmen, ob und welche inhaltlichen Anpassungen es geben wird. Die eigentliche Entscheidung werde zudem erst in den kommenden Wochen auf Basis der Rückmeldungen der EU-Mitgliedsstaaten fallen.

„Es ist davon auszugehen, dass der Prozess zur Verlängerung der Preisbremsen noch bis weit in den Dezember gehen wird. So können wir nichts vorbereiten und stochern weiter im Nebel“, kritisierte Liebing. Der am 23. März 2022 angenommene Rahmen für vorübergehende Krisen im Rahmen staatlicher Beihilfen ermöglichte es den Mitgliedstaaten, die in den Vorschriften über staatliche Beihilfen vorgesehene Flexibilität zu nutzen, um die Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine zu unterstützen.

Die **Mitteilung der EU-Kommission** steht in englischer Sprache im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

VKU nimmt drei neue Mitglieder auf



Quelle: Fotolia / Rawpixel

VERBÄNDE. Auf seiner Vorstandssitzung in Berlin hat der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) drei neue Mitgliedsunternehmen in den Verband aufgenommen.

In Berlin tagte am 7. November der Vorstand des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU). Dabei wurden drei neue Mitgliedsunternehmen aufgenommen. Damit beträgt die Mitgliederzahl des Spitzenverbands der kommunalen Wirtschaft 1.553, im Vorjahr waren es 1.535 Mitgliedsunternehmen. Die neuen Mitgliedsunternehmen sind: Innovative Energie für Pullach GmbH aus Pullach (Bayern), Stadtwerke

Reichenbach/Vogtland GmbH aus Reichenbach im Vogtland (Sachsen) und die Gemeinde Vaterstetten aus Vaterstetten (Bayern). // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: E&M / Katia Meyer-Tien

Experten begrüßen geplante Entlastung bei Netzentgelten

STROMNETZ. Eine Anhörung im Bundestag zeigte: Die Steigerung der Netzentgelte im Übertragungsnetz mit einem staatlichen Milliarden-Zuschuss zu begrenzen, wird begrüßt.

Stefan Kapferer, Vorsitzender der Geschäftsführung des Übertragungsnetzbetreibers 50 Hertz, brachte es auf den Punkt: Ohne den beabsichtigten staatlichen Zuschuss würde es zu einer Verdopplung der Übertragungsnetzentgelte von 3,12 Cent/kWh im Jahr 2023 auf 6,68 Cent/kWh im Jahr 2024 kommen. Das sagte Kapferer bei einer Anhörung zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundestag im Ausschuss für Klima und Energie am 6. November.

Die Leiterin Politik beim Übertragungsnetzbetreiber Tennet, Tetiana Chuvilina, ergänzte, dass die anhaltend hohen Strompreise sowohl die Verbraucher als auch die Übertragungsnetzbetreiber belasteten. Die Netzbetreiber stünden bis 2030 vor einem Investitionsbedarf von 150 Milliarden Euro für den Netzausbau. Wie ihr Kollege von 50 Hertz prognostiziert Chuvilina ohne den geplanten Zuschuss eine Kostensteigerung bei den Netzentgelten, die zu einer „Verdopplung des Kilowatt-Strompreises“ führen könnte.

Der Vorschlag der Bundesregierung sieht vor, die Steigerung der Netzentgelte mit einem Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu begrenzen. Die meisten Expertinnen und Experten, die zu der Anhörung geladen waren, befürworteten die geplante Maßnahme, forderten aber auch eine langfristige Lösung für die Zukunft, teilt die Bundestagsverwaltung im Nachgang der Anhörung mit.

Aufteilung in mehrere Strompreiszonen gefordert

Die Netzkosten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, vor allem wegen der hohen Preise für Energie und der notwendigen Maßnahmen zur Stabilisierung des Netzes angesichts des wachsenden Anteils von Erneuerbaren. Der Zuschuss soll die Netzentgelte auf der Übertragungsnetzebene senken.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht in dem Zuschuss einen wichtigen Schritt zur Entlastung beim Strompreis. Er schlug aber auch weitere Maßnahmen vor, wie die Verlängerung der Preisbremsen, die Beibehaltung des abgesenkten Umsatzsteuer-Satzes und die Reduzierung der Stromsteuer auf den europäischen Mindestsatz.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) wies darauf hin, dass die Verteilernetze ebenfalls von hohen Netzkosten betroffen seien. Er forderte, dass die Stadtwerke, die die Verteilernetze betreiben, ebenfalls einen Zuschuss erhalten sollten. Die Verteilernetze seien für die Integration der erneuerbaren Energien und die Umsetzung der Energiewende vor Ort unverzichtbar.

Lion Hirth, Professor für Energiepolitik an der Hertie School in Berlin, nannte den Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro „sicher eine der besseren Optionen“. Er brachte einen anderen Vorschlag ins Spiel: Würde man Deutschland in mehrere Strompreiszonen aufteilen, würden die Netzentgelte als Folge daraus ebenfalls sinken. Bislang ist Deutschland eine einzige Strompreiszone. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Deutsche Stromversorgung 2022 sehr zuverlässig



Quelle: Pixabay / OpenClipart-Vectors

STROM. Die Bundesnetzagentur veröffentlichte die Zahlen zu Unterbrechungen der Stromversorgung im Jahr 2022. Durchschnittlich hatten Letztverbraucher 12,2 Minuten lang keinen Strom.

Ein konstant hohes Qualitätsniveau bescheinigte die Bundesnetzagentur der deutschen Stromversorgung in ihrem Bericht für 2022. Der Präsident der Behörde, Klaus Müller, lobte die sinkende Zahl von Störungsmeldungen in der Nieder- und Mittelspannung gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittliche Nichtverfügbarkeit von Elektrizität in Deutschland lag im Jahr 2022 bei 12,2 Minuten je Letztverbraucher. 2021 waren es 12,7 Minuten. Am niedrigsten seit 2006 war der Unterbrechungsindex im Corona-Jahr 2020 mit 10,73 Minuten je Letztverbraucher.

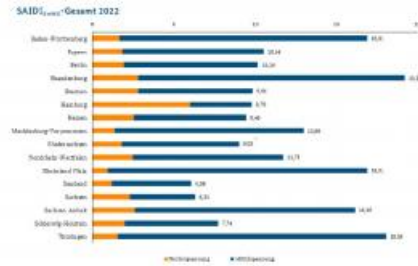
„Die Stromversorgung in Deutschland war im Jahr 2022 sehr zuverlässig“, so Müller. Dies spiegelte sich ebenfalls in den Zahlen der einzelnen Bundesländer wider, deren Werte größtenteils ebenfalls eine Minderung zum Vorjahr aufwiesen, sagte er am 7. November. Betreiber von Energieversorgungsnetzen berichten der Bundesnetzagentur jährlich über alle in ihren Netzen aufgetretenen Versorgungsunterbrechungen, die länger als drei Minuten dauern. Der jeweilige Bericht enthält Zeitpunkt, Dauer, Ausmaß und Ursache der Versorgungsunterbrechungen.

Anonymisierte Daten im Internet

Für das Jahr 2022 haben 855 Netzbetreiber insgesamt 157.245 Versorgungsunterbrechungen in der Nieder- und Mittelspannung übermittelt. Die Anzahl der Störungsmeldungen nahm gegenüber dem Vorjahr um etwa 9.300 Meldungen ab.

Aus allen ungeplanten Unterbrechungen, die nicht auf Ereignisse der höheren Gewalt zurückzuführen sind, ermittelt die Bundesnetzagentur den sogenannten „SAIDIEnWG“ (System Average Interruption Duration Index), der die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenem Letztverbraucher innerhalb eines Kalenderjahres widerspiegelt. Die Behörde veröffentlicht eine anonymisierte Liste dieser Störungsmeldungen.

Auch die Kennzahlen zu Unterbrechungen der Stromversorgung je Bundesland wird veröffentlicht. Demnach lagen Baden-Württemberg, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen deutlich über dem Durchschnitt. Die geringste Unterbrechung der Stromversorgung war 2022 im Saarland gemeldet worden, mit 6,08 Minuten.



Durchschnittliche Stromunterbrechung in Minuten je Bundesland 2022
(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)
Quelle: Bundesnetzagentur

Die **Übersicht zu den Versorgungsunterbrechungen Strom** steht auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bereit. // **VON SUSANNE HARMSSEN**

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

EWE-Marktabfrage zeigt hohen Speicherbedarf



Schnitt durch eine Salzkaverne. Quelle: EWE

WASSERSTOFF. EWE hat den Speicherbedarf von Wasserstoff auf dem Markt abgefragt. Der Oldenburger Energiekonzern zieht nun daraus ein Fazit.

„Die Umfrage hat deutlich gemacht, dass erheblicher Bedarf besteht, Wasserstoff zukünftig in großen Mengen speichern zu können“, erklärt Peter Schmidt, Geschäftsführer der EWE Gasspeicher GmbH. Die EWE-Tochter hat die Marktabfrage zwischen dem 18. September und 20. Oktober dieses Jahres durchgeführt. Der Speicherbedarf von Wasserstoff-Erzeugern, -Händlern und -Kraftwerksbetreibern sollte damit offengelegt werden (wir berichteten).

Mehr als 30 Registrierungen hatte EWE bei der deutschlandweit ersten Marktabfrage dieser Art. EWE-Projektleiter Jonas Höckner zu der Resonanz: „Die Mengen übersteigen die Werte aus den Langfristszenarien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz im Jahr 2030 deutlich. Sie zeigen, dass auch ein schneller Hochlauf des Wasserstoffspeichermarktes unumgänglich ist.“

EWE stuft seine Erhebung als wichtig ein, um Speicherkapazitäten für Wasserstoff entsprechend dem Kundenbedarf hinsichtlich Flexibilität und Liefersicherheit entwickeln zu können. Höckner zufolge sind dynamischere Ein- und Ausspeicherzyklen als bei der konventionellen Erdgasspeicherung notwendig. Am Ergebnis der Umfrage ausgerichtet, plane EWE daher den Aufbau entsprechender Speicherkapazitäten für Wasserstoff in unterirdischen Kavernenspeichern.

Die Wasserstoffprojekte von EWE

In Rüdersdorf bei Berlin hat das Unternehmen einen ersten Untertage-Wasserstoffspeicher in einer Salzkaverne errichtet und bereits nachgewiesen, dass die Zuleitung zum Hohlraum bis 1.000 Meter Tiefe dicht ist. Ende Oktober startete EWE mit den umfangreichen Tests für den Betrieb des Wasserstoffspeichers. Die Ergebnisse sollen auf große Kavernen übertragen werden (wir berichteten).

Mit dem Verbundprojekt „Clean Hydrogen Coastline“ will die Oldenburger EWE zudem eine Wasserstoffwirtschaft im Nordwesten Deutschlands aufbauen. Für eine Förderung hatte sich EWE im Februar 2021 im Rahmen des europäischen IPCEI-Programmes (Important Projects of Common European Interest) beworben, die noch von der EU-Kommission geprüft wird. Neben der Erzeugung, dem Transport

und der Anwendung von Wasserstoff – vor allem im Industrie- und Verkehrssektor – gehört eben die Speicherung von Wasserstoff zum Projekt, denn anders als Strom lässt sich Wasserstoff in großem Maßstab speichern, besonders in unterirdischen Salzkavernen. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Schweden und Deutschland kommen sich näher



Erdkabelverlegung für das Gleichstromprojekt Nordlink. Quelle: Tennet

STROMNETZ. Grünes Licht für den Bau der Erdkabeltrasse Hansa Power Bridge zwischen Deutschland und Schweden. 50 Hertz hat den Planfeststellungsbeschluss erhalten.

Das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern hat für die Landtrasse zwischen Güstrow und Fischland sowie für den Verlauf im Küstenmeer die Genehmigung erteilt. Damit besteht Baurecht für das Erdkabel an Land sowie das vorgelagerte Küstengewässer bis zur 12-Seemeilen-Zone.

Die Hansa Power Bridge als grenzüberschreitendes Hochspannungsgleichstromsystem (HGÜ) soll die Netze Deutschlands und Schwedens verbinden und dadurch die Versorgungssicherheit in beiden Ländern erhöhen sowie die Integration von mehr erneuerbaren Energien ermöglichen.

Außerdem diene das Projekt, wie es in einer Mitteilung von 50 Hertz heißt, der Weiterentwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes. Schweden verfüge über große Mengen an Wasserkraft zur Stromerzeugung sowie Stauseen zur Speicherung. Diese Kapazitäten zu erschließen, sei ein Teil des deutschen Energiewende-Konzeptes.

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschafts- und Energieminister Reinhard Meyer (SPD), Staatssekretärin Ines Jesse und Kristin Schulz aus dem Referat für Planfeststellung übergaben die Genehmigungen für die Landtrasse sowie das Küstenmeer an die Verantwortlichen bei 50 Hertz, vertreten durch Silvia Haufe (Bereichsleiterin Genehmigungen), Henrich Quick (Leiter Offshore) und Thomas Hartung (Projektleiter Genehmigungen). „Auf deutscher Seite sind damit entscheidende Voraussetzungen erfüllt, um dieses Gemeinschaftsprojekt realisieren zu können“, erklärte dabei Henrich Quick.

Nur die Genehmigung für AWZ-Abschnitt steht noch aus

Netzverknüpfungspunkte für das Gleichstromkabel mit einer Spannung von 300 kV sind Hurva (Schweden) und Güstrow (Deutschland). Das Vorhaben führt in Deutschland vom Umspannwerk Güstrow über eine kurze Strecke als Wechselstrom-Landkabeltrasse bis zur geplanten Konverteranlage in Lüssow, von dort über eine Gleichstrom-Landkabeltrasse bis zur Anlandestelle am Strand von Dierhagen Ost und verläuft danach als Gleichstrom-Seekabeltrasse im Küstenmeer und über die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) bis zum Übergabepunkt an der schwedischen AWZ. Ab dort ist der schwedische Übertragungsnetzbetreiber „Svenska kraftnät“ verantwortlich.

Die deutsche Landkabeltrasse ist 70 Kilometer lang, die Seekabeltrasse im Küstenmeer misst 80 Kilometer und die Seekabeltrasse in der deutschen AWZ von 25 Kilometern.

Den Antrag auf Planfeststellung für das Projekt hatte 50 Hertz im Mai 2021 eingereicht. Als Nächstes wird die Genehmigung für den Bauabschnitt in der deutschen AWZ durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) erwartet. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN



UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / sasel77

Eon will Einstieg in die Wärmewende erleichtern

WÄRME. Mit einer digitalen Wärmekarte will Eon die Basis für eine faktenbasierte Diskussion über den besten Weg in der Wärmewende liefern.

Gemeinsam mit Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) hat Leonhard Birnbaum, CEO von Eon, in Berlin eine digitale Wärmekarte vorgestellt. Nach der Strom- und der Verkehrswende sei nun die Wärmewende im Fokus der Öffentlichkeit. Jetzt komme es darauf an, nach einigen Turbulenzen, sich nach vorne zu orientieren und so pragmatisch wie möglich in die Wärmeplanung einzusteigen. Er sei nicht der Meinung, dass noch weitere Schaufenster-Projekte nötig seien. „Wir müssen die Transformation in der Fläche hinbekommen“, so Birnbaum. Am Ende müsse es 11.000 – etwa die Anzahl der Kommunen in Deutschland – Beispiele für die Wärmewende geben. Keine langwierigen IT-Projekte mit umfassender Datensammlung sollen den Einstieg in die Planungen verzögern. „Wir können viel schneller sein“, so Birnbaum. Hier wolle Eon unterstützen.

Daher hat die Eon-Tochtergesellschaft Digikoo eine digitale Wärmekarte entwickelt, die auf Basis von statistischen Daten bis auf die Postleitzahlen-Ebene herab verschiedene Kennzahlen zur Verfügung stellt. So lassen sich beispielsweise Werte zum Wärmebedarf, zu den CO₂-Emissionen, zu den jeweils vertretenen Heiztechnologien oder zum Sanierungsstatus ablesen. „Damit können wir einen Startpunkt liefern“, sagte Martin Möller im Rahmen der Präsentation. So ließen sich Hebel identifizieren, an denen man bei der Wärmewende ansetzen könne, so der Digikoo-Chef. Aber auch die Zusammenarbeit von Kommunen könnte angereizt werden, wenn Bürgermeister beispielsweise Parallelen zwischen ihren Gemeinden erkennen, hofft Möller.

Er betonte, dass keinerlei reale Kundendaten hinterlegt seien. Ausschließlich auf öffentlich zugängliche Informationen, beispielsweise von Behörden, habe man zurückgegriffen, zum Teil auch auf kommerziell verfügbare Informationen von Aggregatoren, die Daten sammeln und verkaufen.

6.000 Kommunen im Versorgungsgebiet von Eon

Birnbaum wies darauf hin, dass rund 6.000 der insgesamt 11.000 Kommunen in Deutschland zum Versorgungsgebiet von Eon gehören, insbesondere im ländlichen Raum. Diese 6.000 Bürgermeister müssten nun in Erfahrung bringen, wie groß die Wärmelast ist oder welche Werte der Gebäudebestand

aufweist. Hier könne die Wärmekarte eine wertvolle Hilfestellung zum Einstieg geben. Die App ersetze aber natürlich nicht die detaillierte Wärmeplanung. Gleichwohl soll die Wärmekarte die Diskussion über die Wärmewende auch für einzelne Bürgerinnen und Bürger greifbar machen. Birnbaum sprach von der „Demokratisierung“ einer „faktenbasierten“ Diskussion. Denn die Karte sei für alle auf der Eon-Internetseite verfügbar.

Auch wenn Eon mit dieser Initiative nicht die Absicht habe, zusätzliches Geschäft zu generieren, habe das Unternehmen als Infrastrukturbetreiber ein großes Interesse am Thema. Denn als größter Verteilnetzbetreiber wisse man, dass die Elektrifizierung des Wärmesektors, die an vielen Stellen ein Teil der Lösung sein werde, die Stromnetze in Zukunft massiv belasten werde. „Deshalb haben wir ein Interesse daran, dass wir früh in die Diskussion einbezogen werden“, so der Eon-CEO.



Analoges Abbild einer digitalen Karte: Eon-Chef Leonhard Birnbaum und Bundesbauministerin Klara Geywitz bei der Vorstellung der digitalen Wärmekarte

Quelle: Eon

„Wir sind viel weiter, als viele denken“, sagte Bauministerin Geywitz und trat damit Befürchtungen von Bürgerinnen und Bürgern entgegen, jeder müsse nun private Heizungsdaten aus dem Keller direkt an den Staat melden. Ein Großteil der benötigten Daten sei schon verfügbar – bei Behörden, bei Statistik-Ämtern und nicht zuletzt bei Energieversorgern. „Diese sind eine großartige Grundlage“, betonte sie und fügte hinzu: „Und ich bin froh, wenn Energieversorger sie dann auch aufbereiten und zur Verfügung stellen.“

Nähere Informationen zur **digitalen Wärmekarte** sind auf der Internetseite von Eon verfügbar.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Innio liefert Wasserstoffmotor für BHKW in Österreich



Wasserstoffspeicher der RAG in Oberösterreich. Quelle: RAG Austria

WASSERSTOFF. Das Energiespeicherunternehmen RAG Austria will ein Wasserstoff-BHKW im oberösterreichischen Gampern mit einem Jenbacher Wasserstoffmotor der Innio Group ausstatten.

Es handelt sich, wie der Motorenhersteller Innio mitteilt, um eine hocheffiziente, flexible Jenbacher Wasserstoff-Kraftwärme-Kopplungsanlage der 1-MW-Klasse. Ihre Inbetriebnahme in Oberösterreich sei bereits für das Frühjahr 2024 vorgesehen.

Der Wasserstoff zum Anlagenbetrieb werde aus dem Ende April dieses Jahres in Betrieb gegangenen Wasserstoffspeicher mit Namen „Underground Sun Storage“ stammen – dem weltweit ersten 100 Prozent Wasserstoffspeicher in einer unterirdischen Porenlagerstätte, wie die österreichische Rohölaufsuchungsgesellschaft (RAG) mitteilt (wir berichteten). 4,3 Millionen kWh Sommerstrom sollen dort in Form von grünem Wasserstoff in den Winter gebracht werden.

Mithilfe der KWK-Anlage lasse sich dann in den kalten Wintermonaten, jederzeit bedarfsgerecht aus den grünen Energiereserven Strom erzeugen und die Abwärme für Heizzwecke nutzen. Markus Mitteregger, CEO der RAG erklärt: „Im oberösterreichischen Gampern zeigen wir, was möglich und notwendig ist, um die sichere Versorgung mit grüner Energie das ganze Jahr über zu gewährleisten und damit die Energiewende zu stemmen“. Das Wasserstoff-Blockheizkraftwerk sei ein wichtiger Baustein für den gesamten Wasserstoffhochlauf, denn: „Flexible, schnellstartfähige KWK-Anlagen können bedarfsgerecht Strom und gleichzeitig die im Winter so wichtige Wärme erzeugen. Das bringt hohe Effizienzvorteile und macht die Wärmewende erst möglich“, so Mitteregger weiter.

Zum Hintergrund: Zur Wasserstoffproduktion nutzt die RAG eigenen Angaben nach zertifizierten Ökostrom sowie etwa fünf Prozent der jährlichen Wasseraufbringung der Wassergenossenschaft Seewalchen am Attersee. Vereinbart ist, dass diese ihre Lieferungen bei Wasserknappheit unterbrechen kann, um die Versorgung der Landwirtschaft zu gewährleisten. Erzeugt werden in Gampern mit einem 2-MW starken PEM-Elektrolyseur rund 400 m³ grünen Wasserstoffs pro Stunde. Der Wirkungsgrad der gesamten Anlage zur Bereitstellung des Wasserstoffs beläuft sich auf etwa 72 Prozent. Die Kosten des Wasserstoffspeichers bezifferte Mitteregger auf Anfrage der Redaktion mit 15 bis 20 Millionen Euro. Davon stellt der Klima- und Energiefonds der Bundesregierung 6 Millionen Euro bereit. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Neu-Ulm bekommt einen neuen E-Carsharing-Standort



Quelle: Shutterstock / ModernNomads

MOBILITÄT. Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm erweitern ihr Angebot an elektrischen Mietfahrzeugen in Neu-Ulm. Ob es sich allerdings lohnt, ist unklar.

Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm (SWU) bauen weiter ihr Sharing-Angebot „swu2go“ für Elektroautos und Lastfahrrädern aus. Nach der Übergabe eines Renault Zoe in der Gemeinde Finningen, folgt nun die Inbetriebnahme eines weiteren Standortes in der Augsburgener Straße in Neu-Ulm. Ab dem 22. November können sich interessierte Nutzer für das erweiterte E-Carsharing-Angebot anmelden, heißt es von den Stadtwerken.

Die Stadt Neu-Ulm stellt den Stellplatz für das E-Fahrzeug zur Verfügung. Die SWU kümmern sich um die Nutzer-Registrierung, den Betrieb, die Pflege und die Wartung des Autos sowie die Abrechnung. SWU-Geschäftsführer Klaus Eder betont, dass die SWU den kompletten Service von der Software bis zur Abrechnung bieten.

Das E-Carsharing „swu2go“ verfügte laut Geschäftsbericht 2022 über 51 Standorte. Für das Jahr 2023 sind weitere elf neue Standorte geplant. Die SWU setzen große Ambitionen in das Projekt. Ob es allerdings läuft, bleibt dahingestellt. Offizielle Zahlen nennt das Unternehmen aus Wettbewerbsgründen nicht.

Fakt ist aber, dass mehrere Gemeinden in der Umgebung, das Angebot wieder gekündigt haben, wie das Internetportal *Schwäbische.de* mitteilt. Die Gemeinden Oberdischingen, Untermarchtal und Lauterach hätten das E-Carsharing-Angebot wieder eingestellt. Der Grund: Es lohne sich nicht, so die Antwort der Gemeindeverantwortlichen. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Nürnberg stellt sinkende Gaspreise unter Vorbehalt



Quelle: Shutterstock / Redpixelpl

VERTRIEB. Wie sollen Gasversorger mit der immer noch in der Schwebe befindlichen Umsatzsteuer-Erhöhung auf Erdgas bei fortgeltender Preisbremse umgehen? N-Ergie zeigt nun einen Weg auf.

Der Nürnberger Kommunalversorger N-Ergie hat für 1. Januar 2024 leicht sinkende Erdgas- und stabile Strompreise angekündigt. Dabei berechnete N-Ergie den künftigen Gas-Bruttopreis erneut mit dem seit der Gaskrise geltenden reduzierten Umsatzsteuer-Satz von 7 Prozent und stellte das Ergebnis unter Vorbehalt von Änderungen bei den Abgaben auf Gas. Der Vorbehalt betrifft „in erster Linie“, heißt es in einer Mitteilung, die von Finanzminister Christian Lindner (FDP) geforderte, aber im Bundestag umstrittene Rückkehr zu 19 Prozent zum 1. Januar 2024.

Konkret senkt sich beim laut N-Ergie meistgewählten Tarif „Erdgas Smart“ der Brutto-Arbeitspreis um 0,82 Cent/kWh oder fast 8 Prozent auf 9,92 Cent/kWh. Der Brutto-Jahresgrundpreis bleibt bei 170,99 Euro. Ein Drei-Personen-Haushalt, der im Jahr 18.000 kWh Gas verbraucht, spart damit jährlich knapp 127 Euro und kommt mit den Gesamtkosten geringfügig unter 2.000 Euro. Im Falle einer Umsatzsteuer-Erhöhung lägen diese aber bei 2.176 Euro, ergeben Berechnungen dieser Redaktion.

Auch wenn die Umsatzsteuer tatsächlich wieder erhöht wird, aber die Preisbremse von 12 Cent/kWh nach wie vor bis 30. April 2024 fortgilt, bleibt die N-Ergie mit ihrem Gaspreis „in jedem Fall“ unter dem Preisdeckel, betont N-Ergie.

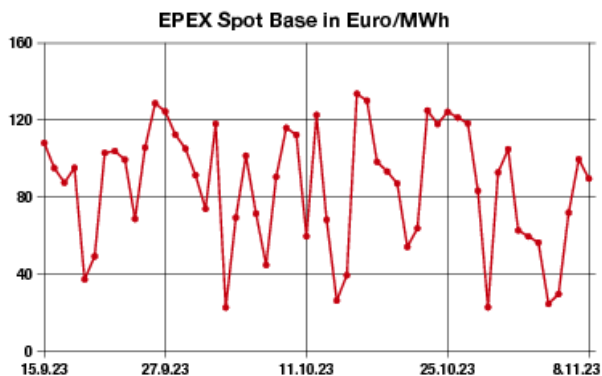
Auch die EnBW hatte jüngst ihre Gaspreise zum 1. Januar 2024 gesenkt und dabei den alten Umsatzsteuer-Satz herangezogen, sie landet aber mit 12,9 Cent/kWh Arbeitspreis über der Preisbremse (wir berichteten).

Nach den Preissenkungen der N-Ergie bei Strom und Gas zum 1. Juni 2023 bleiben ihre Strompreise am 1. Januar 2024 stabil. Höheren Netzentgelten für 2024 stünden Beschaffungsvorteile im Strom-Großhandel gegenüber, hieß es aus Nürnberg. // VON GEORG EBLE

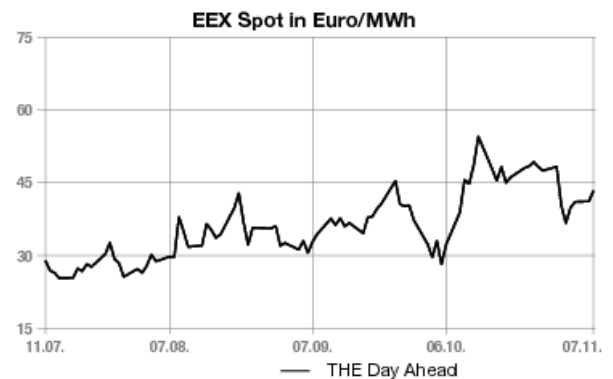
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Strom am Dienstag überwiegend leichter



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Strom: Überwiegend leichter hat sich am Dienstag der deutsche OTC-Strommarkt gezeigt. Der Day-ahead gab im Base 2,75 auf 89,25 Euro/MWh nach. Der Peak sank um 4 auf 100 Euro. Ausschlaggebend für den Preisrückgang war die etwas höhere Erneuerbaren-Einspeisung, die für den Mittwoch erwartet wird. Danach aber soll es mit den Beiträgen von Wind und Solar Schritt für Schritt abwärts gehen. Am Sonntag rutscht die Erneuerbaren-Einspeisung der Prognose zufolge gar an den Rand einer Dunkelflaute.

Ursache für die Abkühlung ist laut einem Händler ein Hoch über Spanien, das die milde atlantische Luft blockiert. Stattdessen gerät Mitteleuropa unter den Einfluss einer nordöstlichen Strömung. Das wiederum bedeutet kühles, windarmes, unbeständiges und nebliges Wetter. Doch bereits mit Beginn der neuen Woche soll sich die milde atlantische Südwestströmung wieder durchsetzen. „Das kurze Ende steht unter dem Eindruck dieser Wetterprognosen“, so der Händler weiter. „Zumal sich auch die aktuelle Kapazitätsauslastung der französischen Kernkraftwerke etwas verschlechtert hat. Die entfernteren Termine stehen dagegen unter dem Eindruck der Preise für CO₂ und die Primärenergieträger und reagieren zudem auf die sehr schwache Nachfrage der stromintensiven Industriebranchen.“

Am langen Ende verlor das Strom-Frontjahr bis zum frühen Nachmittag 0,77 auf 114,89 Euro.

CO₂: Die CO₂-Preise haben sich am Dienstag gegen 14.20 Uhr vor dem Hintergrund eines schwachen Preisniveaus bei Strom und Gas kaum verändert gezeigt. Der Dec 23 zeigte sich mit einem Minus von 0,03 auf 75,81 Euro. Das Hoch lag bei 76,50 Euro, das Tief bei 75,21 Euro. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 14,8 Millionen Zertifikate. Der Der-23-Kontrakt hatte im frühen Geschäft zugelegt, war jedoch kurz vor 14.00 Uhr wieder unter den Vortagesschluss gefallen.

Bernadett Papp, Head of Market Analysis bei Pact Capital, sieht Unterstützung für den Dec 23 bei 73,78 Euro und darunter bei 71,46 Euro. Widerstand findet sich bei 77,15 und 79,50 Euro.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Dienstag gut behauptet notiert Der Frontmonat Dezember am niederländischen TTF gewann von seinem etwas ermäßigten Niveau aus bis gegen 14.25 Uhr 0,55 auf 45,66 Euro/MWh. Am deutschen THE ging es um 0,95 auf 42,95 Euro/MWh nach oben. Aus etwas übergeordneter Sicht dürfte es sich um die Fortsetzung der aktuellen Seitwärtsbewegung handeln. An den

Fundamentaldaten, gute Versorgungslage, hohe Speicherstände, eher milde Witterung und zumeist hohe Erneuerbarenbeiträge, hat sich wenig geändert. Die kurzfristige Aussicht auf kühleres Wetter stützt das kurze Ende. Laut den Berechnungen von *MBI Research* belaufen sich die Heating Degree Days für die nächsten sieben Tage auf 77,2 nach 71,8 am Montag. Der saisonale Durchschnitt liegt bei 69,8.

Unterdessen hat Catherine MacGregor, CEO des französischen Versorgers Engie, die Fortdauer der aktuell sehr niedrigen Gasnachfrage der europäischen Industrie prognostiziert. Diese werde auch nächstes Jahr und 2025 stabil um 10 bis 20 Prozent unter dem Normalwert verharren, führte MacGregor aus. Von einer weiteren Verschlechterung der Industrienachfrage gehe sie nicht aus. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

E&M STELLENANZEIGEN



Ingenieur Gas / Wasser

Als Vermessungstechniker:in / Vermessungsingenieur:in oder Geomatiker:in bereitest du eigenständi...
in Hannover

vor 21 h

● Ausbildung



Planungsingenieur Strom (m/w/d)

Als Vermessungstechniker:in / Vermessungsingenieur:in oder Geomatiker:in bereitest du eigenständi...
in Hannover

vor 21 h

● Ausbildung



Projektentwickler*in (m/w/d) Photovoltaik

300 engagierte Mitarbeiter_innen der Stadtwerke Münster und ihrer Tochterunternehmen liefern Energ...
in Stuttgart (+2 weitere Standorte)

vor 21 h

● Freie Mitarbeit / Ausbildung ● Flexible Arbeitszeit



Senior Projektleiter Technisches Parkmanagement (m/w/d) Photovoltaik und Battery Ener...

Arbeite mit uns an einer zukunftsfähigen Energieversorgung! Wir machen Erneuerbare aus Überzeugun...
in Ingelheim am Rhein

vor 21 h

● Projektleitung ● Freie Mitarbeit / Ausbildung ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Gastgeber für unseren English Afternoon Tea (m/w/d)

Das Schlosshotel Kronberg (15 km außerhalb von Frankfurt), im Besitz des Hauses Hessen, ist seit 19...
vor 21 h

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Timo Sendner

Registergericht: Amtsgericht München

Registernummer: HRB 105 345

Steuer-Nr.: 117 125 51226

Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2023 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

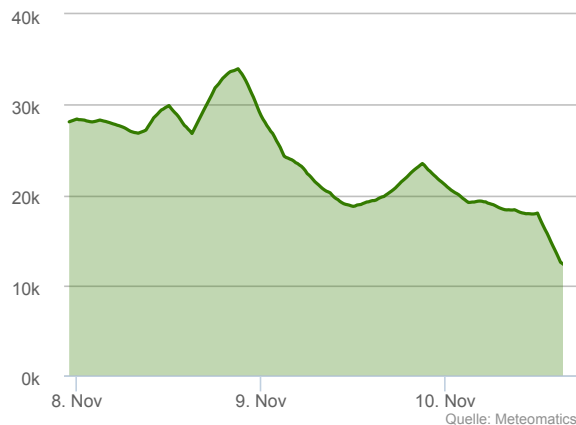
Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

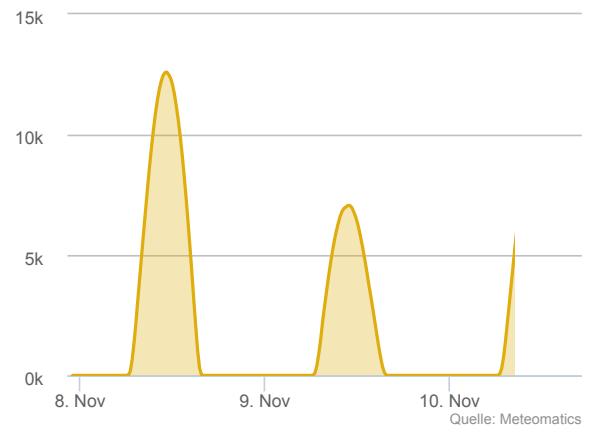


PROGNOSEN ZU WIND, PHOTOVOLTAIK UND WETTER

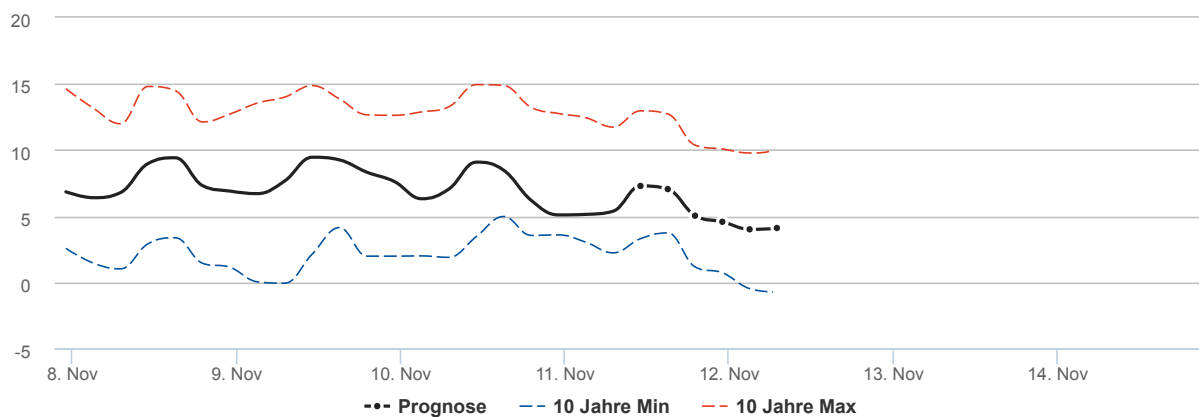
DE - Prognose Energieerzeugung Wind (MW)



DE - Prognose Energieerzeugung Photovoltaik (MW)



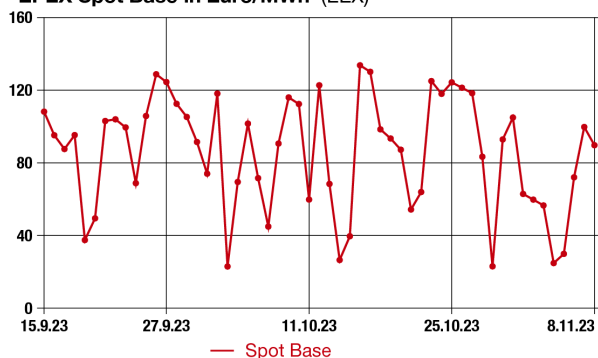
Temperaturprognose Deutschland - Meteomatics (°C)



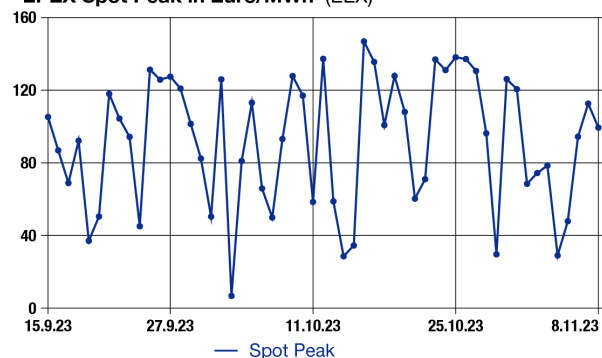
WEITERE ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

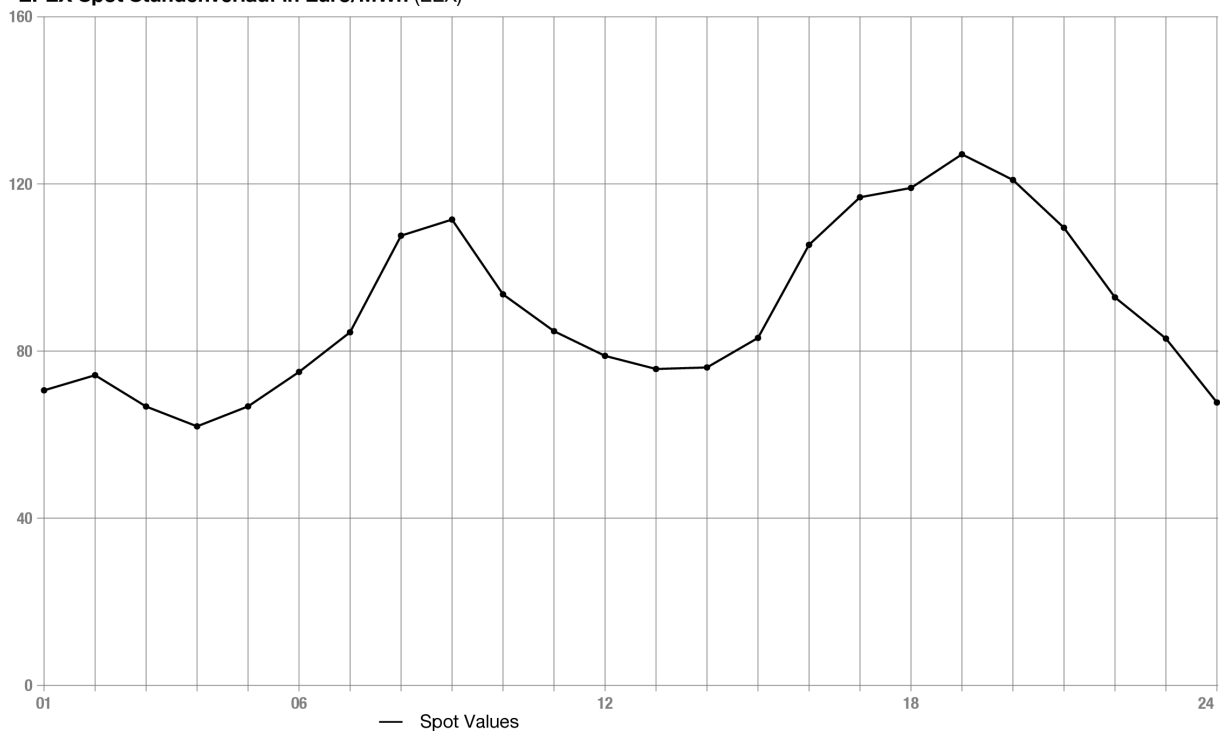
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

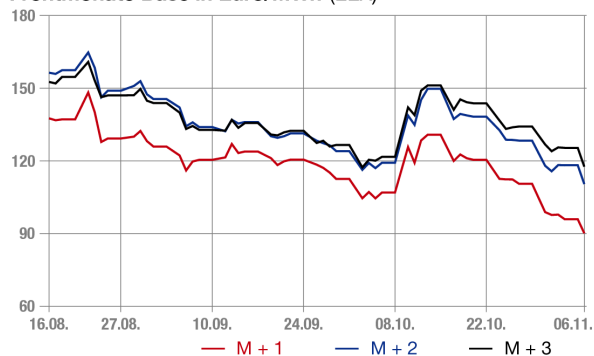
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	06.11.23	German Power Dez-2023	90,11
M2	06.11.23	German Power Jan-2024	110,42
M3	06.11.23	German Power Feb-2024	117,61
Q1	06.11.23	German Power Q1-2024	110,59
Q2	06.11.23	German Power Q2-2024	101,78
Q3	06.11.23	German Power Q3-2024	112,47
Y1	06.11.23	German Power Cal-2024	113,41
Y2	06.11.23	German Power Cal-2025	109,07
Y3	06.11.23	German Power Cal-2026	102,67

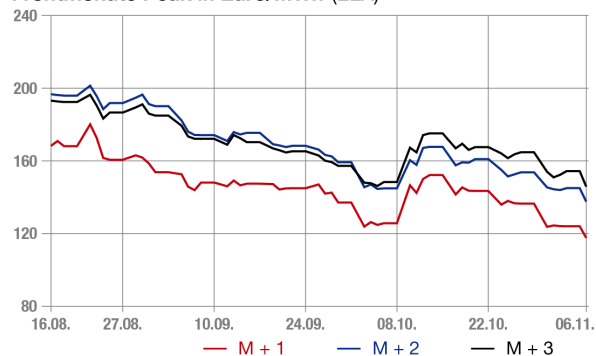
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	06.11.23	German Power Dez-2023	117,61
M2	06.11.23	German Power Jan-2024	137,57
M3	06.11.23	German Power Feb-2024	145,82
Q1	06.11.23	German Power Q1-2024	135,01
Q2	06.11.23	German Power Q2-2024	108,11
Q3	06.11.23	German Power Q3-2024	121,42
Y1	06.11.23	German Power Cal-2024	130,27
Y2	06.11.23	German Power Cal-2025	128,95
Y3	06.11.23	German Power Cal-2026	122,75

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



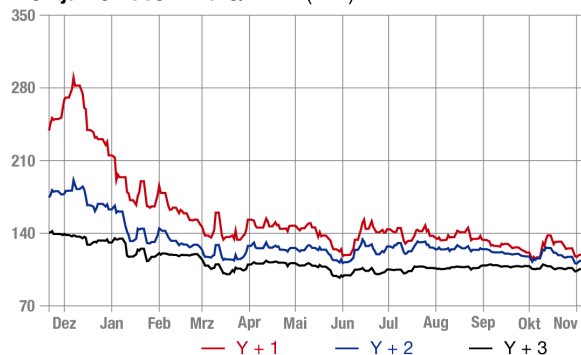
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



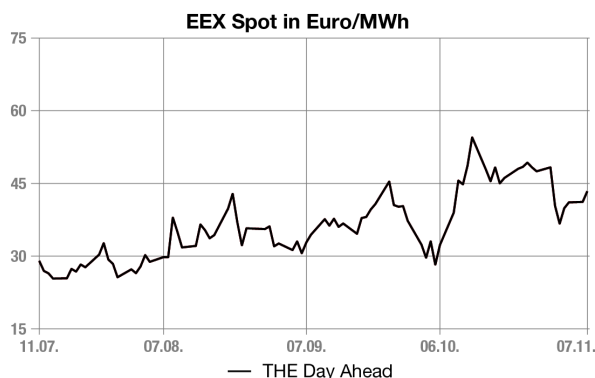
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



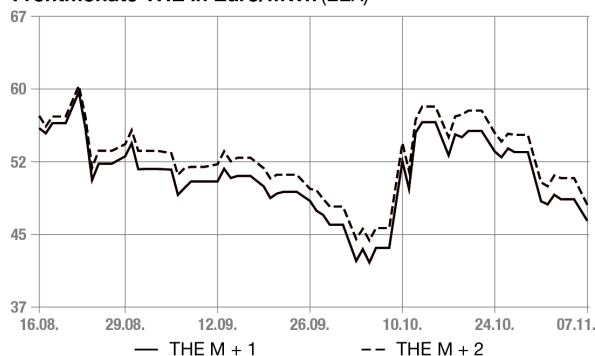
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

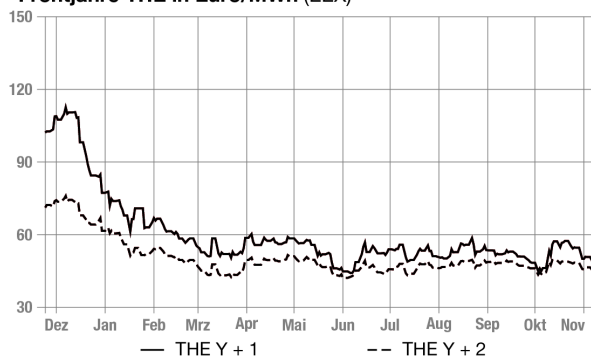
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.11.23	German THE Gas Dez-2023	46,41
M2	07.11.23	German THE Gas Jan-2024	48,06
Q1	07.11.23	German THE Gas Q1-2024	48,10
Q2	07.11.23	German THE Gas Q2-2024	47,01
S1	07.11.23	German THE Gas Sum-2024	47,07
S2	07.11.23	German THE Gas Win-2024	51,21
Y1	07.11.23	German THE Gas Cal-2024	48,29
Y2	07.11.23	German THE Gas Cal-2025	44,93



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



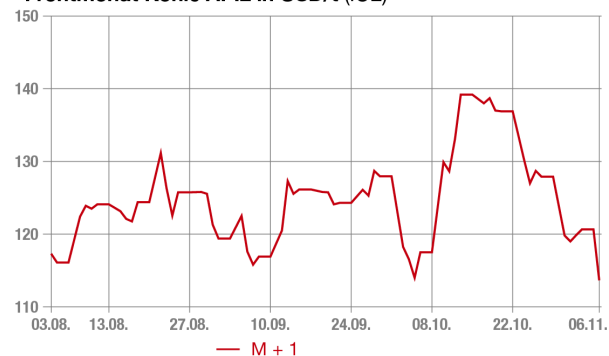
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	07.11.23	89,72	EUR/MWh
Germany Spot peak	07.11.23	99,41	EUR/MWh
EUA Dez 2023	07.11.23	75,25	EUR/tonne
Coal API2 Dez 2023	06.11.23	113,65	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	07.11.23	43,38	EUR/MWh
German THE Gas Dez-2023	07.11.23	46,41	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2024	07.11.23	48,29	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2024	07.11.23	81,71	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)

